

SPD in der Steuerpolitik tief gespalten

- Die widersprüchlichen
Äußerungen von
SPD-Politikern zum Thema
Steuerreform

Mit einem Schreiben
des Vorsitzenden
der CDU/CSU-
Bundestagsfraktion,
Wolfgang Schäuble,
an die Mitglieder
seiner Fraktion

Wolfgang Schäuble:

Die Koalition ist jederzeit zu sachbezogenen Gesprächen bereit

Aus der nachfolgenden Dokumentation ergibt sich, daß auch Sozialdemokraten, soweit sie sich unter wirtschafts- und finanzpolitischen – und nicht ausschließlich unter parteitaktischen – Gesichtspunkten mit Fragen der Steuerpolitik beschäftigen, zu Ergebnissen kommen, die sich von unseren Vorschlägen nicht fundamental unterscheiden. Entsprechende Papiere wie das des Planungsstabs der SPD-Bundestagsfraktion vom 27. März 1996 oder das der Steuerreformkommission des SPD-Präsidiums unter dem Vorsitz von Henning Voscherau vom August 1996 belegen das und werden entsprechend von der sozialdemokratischen Führung jedesmal alsbald zurückgezogen.

Das entlarvt auch das kaum noch erträgliche Hickhack um die Fortführung der vereinbarten Steuergespräche: Lafontaine will verbergen, daß die Sozialdemokraten in der Frage, ob sachliche oder parteitaktische Gesichtspunkte in der Steuerpolitik den Ausschlag geben sollen, tief gespalten und deshalb derzeit kaum handlungs- und gesprächsfähig sind.

Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Dr. Karl-Heinz Däke, hat diese Tage völlig zu Recht bemängelt, daß die SPD kein Steuerreform-Konzept vorgelegt hat und es deshalb nicht möglich ist, Vor- und Nachteile ihrer Vorstellungen mit dem Reformentwurf der Koalition zu vergleichen. Wörtlich fügte er hinzu: „Ich habe den Eindruck, daß der Widerstand der SPD so stark ist, weil der Regierungsentwurf von ihr für so gut gehalten wird, daß man der Regierung den Erfolg nicht gönnt.“

Für die Koalition folgt daraus, daß wir zu jedem Zeitpunkt für sachbezogene Gespräche bereit bleiben, zugleich aber den vom Grundgesetz vorgegebenen Gesetzgebungsweg mit größtmöglicher Beschleunigung gehen müssen. Spätestens im Bundesrat werden die sozialdemokratischen Ministerpräsidenten beweisen müssen, was von ihren vielfältigen öffentlichen Äußerungen zu halten ist.

4,7 Mio. Arbeitslose Ende Februar dulden bei der Verbesserung der Rahmenbedingungen für Wachstum und Beschäftigung keine Verzögerung. Deshalb muß die Gewerbesteuer jetzt abgeschafft werden. Deshalb müssen die Steuersätze für unternehmerische Betätigung, die auch in Zukunft Voraussetzung für Arbeitsplätze ist, schon 1998 in einem ersten Schritt gesenkt werden, und deshalb muß möglichst rasch Klarheit über die große Steuerreform zum 1. Januar 1999 geschaffen werden.

Eine Senkung der gesetzlichen Lohnzusatzkosten ist genauso dringlich. Dabei muß die Priorität weiterhin bei Einsparungen auf der Ausgabenseite liegen, weil Umfinanzierungen alleine die Strukturprobleme nicht lösen können. Deshalb haben wir die Reform der gesetzlichen Krankenversicherung durchgesetzt, und deshalb haben wir eine Rentenreform beschlossen, die angesichts der demographischen Entwicklung die Renten sichert, den Ausgabenanstieg und damit die Beitragsbelastung aber zugleich begrenzt.

Danach sind wir auch zu einer zusätzlichen Beitragssenkung durch Erhöhung des Bundeszuschusses bereit. Wer aber – wie offenbar die SPD – anstelle von Einsparungen nur Steuern erhöhen will, verfehlt die notwendige Senkung der zu hohen Staatsquote und wird keine Beschäftigungs- und Wachstumswirkung erzielen.

Auch die Reform der Sozialhilfe ist notwendig, weil anders das Lohnabstandsgebot nicht zu verwirklichen ist. Jeder, der arbeitet, muß netto mehr haben, als wenn er nicht arbeitet. Anders ist auch das Problem nicht zu lösen, daß bei zu hoher Arbeitslosigkeit zahlreiche Arbeitsplätze auf dem deutschen Arbeitsmarkt nicht zu besetzen sind. Ursache der zu hohen Ausländerbeschäftigung sind nämlich nicht die Ausländer, sondern wir Deutschen.

Durch eine bessere Verzahnung von Arbeitsmarktpolitik und Sozialhilfe – wie vom CDU-Bundesparteiausschuß gefordert – ist es zu schaffen, hier mehr Bewegung zu erzeugen, indem etwa bei der Aufnahme einer geringer bezahlten Tätigkeit Teile von Sozialhilfe, vorrangig die Familienkomponenten, weiter bezahlt werden, oder auch indem Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Sozialhilfe besser miteinander verbunden werden. Es geht nicht um das Absenken von Regelsätzen, sondern darum, daß es sich für einen Sozialhilfeempfänger auf jeden Fall lohnt, wieder eine – gerade auch niedriger entlohnte – Arbeit anzunehmen.

Neben allen Bemühungen um eine Verbesserung der gesetzlichen Rahmenbedingungen haben vor allem die Tarifpartner ihren Beitrag für den Arbeitsmarkt zu leisten. Weder in der Stahlindustrie noch auf dem Bau kann die Gemeinschaft der Steuer- und Abgabenzahler Arbeitgeber und Gewerkschaften aus ihrer Verantwortung für die Wettbewerbsfähigkeit ihrer Branche entlassen. Anders sind in einer Zeit, in der globale wie technologische Entwicklungen neue Herausforderungen stellen, Wohlstand und soziale Sicherheit nicht zu erhalten, und Vollbeschäftigung würde ohne die notwendige Anpassungsfähigkeit aller Kräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft im Übergang von der Industrie- zur Informations- und Dienstleistungsgesellschaft nicht mehr zu erreichen sein.

Die Verwirklichung der Europäischen Währungsunion ist nicht Ursache unserer Probleme. Wer behauptet, ohne die Maastricht-Kriterien wäre der Zwang zu Einsparungen und Anpassung geringer, übersieht, daß die Verschuldung aller öffentlichen Haushalte als Folge von 40 Jahren Teilung und Sozialismus und die daraus resultierende Steuer- und Abgabenbelastung in jedem Fall auf Dauer zu hoch sind. An der Senkung der Staatsquote führt kein Weg vorbei, wenn wir die notwendige Dynamik von Wirtschaft und Arbeitsmarkt gerade im Übergang zur Dienstleistungsgesellschaft und zu globalisierten Märkten zurückgewinnen wollen. Die Europäische Währungsunion hilft uns dabei, weil sie für die exportorientierte deutsche Wirtschaft die Rahmenbedingungen verbessert, weil sie die Position der Europäer im weltweiten Wettbewerb stärkt, und weil sie den Druck auf die notwendigen Innovationen erhöht.

Die Verteidigung jedes einzelnen Besitzstands durch neidbezogene Verteilungsdebatten scheint für die sozialdemokratische Führung demagogisch verheißungsvoll,

verantwortungsvoll für die Zukunft unseres Landes ist sie nicht.

Deshalb verbleibt uns die Aufgabe, die notwendigen Entscheidungen für die Zukunftsfähigkeit durchzusetzen und zugleich den nötigen Zusammenhalt bei divergierenden Regional- und Gruppeninteressen zu wahren. Das gilt beim weiteren wirtschaftlichen Aufbau der neuen Bundesländer, mit dem sich der Geschäftsführende Fraktionsvorstand in seiner Klausurtagung in Berlin vor kurzem befaßt hat, so sehr wie etwa in der Energiepolitik, wo gesamtstaatliche Solidarität sich nicht nur in der Fürsorge für die Montanregionen bewähren muß, sondern genauso auch im verantwortlichen Umgang mit der Kernenergie – von der Weiterentwicklung in der Sicherheit bis zur Entsorgung.

Unterschiedliche Mehrheiten in Bundestag und Bundesrat berechtigen niemanden, das eigene parteipolitische Interesse über die gemeinsame Verantwortung für das Wohl des Landes zu stellen. Je klarer und geschlossener wir als Union und Koalition unsere Politik für mehr Arbeitsplätze, Wohlstand und soziale Sicherheit formulieren und vertreten, um so geringer werden die Möglichkeiten für die Opposition, sich ihrer Verantwortung zu entziehen. Darin liegt unsere Chance und unsere Aufgabe zugleich.

Dokumentation der widersprüchlichen Äußerungen von SPD-Politikern zum Thema Steuerreform:

„Das Steuersystem muß von Grund auf reformiert werden. Übergeordnetes Ziel ist die Vereinfachung und europäische Harmonisierung. Hierzu hat die Bareis-Kommission Grundlegendes geleistet. Bund und Länder sind dem nicht gefolgt. Der Grundsatz muß lauten: breite Basis, niedrigere Tarife, keine Ausnahmen, es sei denn für Innovationen und Umwelt. Streichung aller ertragsunabhängigen Steuern; Streichung der Vermögenssteuer, Erhöhung der indirekten Steuern, d. h. Mehrwertsteuer mittelfristig um drei Punkte. Wir liegen im europäischen Maßstab am unteren Ende. Auch die Mineralölsteuer scheint nicht ausgereizt. Weitere Verbrauchssteuern müssen EU-weit geprüft werden, wobei auf europäische Harmonisierung zu achten ist (z.B. Stromsteuer).“

➡ *aus einem Papier des **Planungsstabes der SPD-Bundestagsfraktion** vom 27. März 1996*

„Eine Steuerreform, die den Namen verdient, muß mit einer deutlichen Senkung sowohl des Eingangs- als auch des Spitzensteuersatzes verbunden sein. Steuersätze von 20 Prozent und 40 Prozent sind dabei anstrebenswert.“

➡ *aus „Vorschläge zur Steuerpolitik“ von NRW-Finanzminister **Heinz Schleußer**, Sommer 1996*

„Der Spitzensteuersatz sollte spürbar gesenkt werden.“

„Dreh- und Angelpunkt einer grundlegenden Einkommensteuerreform ist der konsequente Abbau steuerlicher Vergünstigungen und Sonderregelungen. Je weitergehend die Bemessungsgrundlage verbreitert wird, desto stärker können gleichzeitig die Steuersätze gesenkt werden.“

„Umfang und Höhe der Besteuerung dürfen nicht von der Art der Einkünfte abhängen. Alle Einkünfte müssen grundsätzlich gleich behandelt werden.“

Für einkunftsbezogene Steuerbefreiungen und Freibeträge ist daher kein Raum, denn sie sind verkappte Steuerermäßigungen.“

„Aufhebung der Steuerfreiheit von Sonntags-, Feiertags- oder Nachtarbeitszuschlägen und verschiedenen anderen Lohnbestandteilen nach § 3 EStG.“

„Aus ökologischen Gründen ist die Kilometerpauschale in eine verkehrsmit-
telunabhängige Entfernungspauschale umzuwandeln.“

➤ *aus dem Entwurf der Steuerreform-Kommission des SPD-Präsidiums
(Leitung **Henning Voscherau**), vorgelegt am 28. August 1996, vom
Präsidium aber nicht beschlossen*

„Durch eine grundlegende Reform der Einkommensbesteuerung muß das
Steuerrecht einfacher und gerechter gestaltet werden. Dabei müssen die
Steuersätze spürbar gesenkt werden.“

„Darüber hinaus ist auch eine Senkung des Spitzensteuersatzes möglich.
Die Größenordnung des künftigen Spitzensteuersatzes hängt davon ab, wel-
ches Finanzvolumen durch Abbau von Steuervergünstigungen mobilisiert
werden und welche Vergünstigungen im einzelnen beseitigt werden.“

„Eine solche durchgreifende Tarifreform erfordert eine solide Gegenfinanzie-
rung durch konsequenten Abbau steuerlicher Vergünstigungen und Sonder-
regelungen. Dabei bietet die SPD an, auf der Grundlage der konkreten Maß-
nahmen zu verhandeln, die von der Bareis-Kommission und vom nordrhein-
westfälischen Finanzminister Heinz Schleußer vorgeschlagen worden sind,
ohne sich dabei jede Einzelmaßnahme zu eigen zu machen ... Insgesamt
wird eine so ausgestaltete Reform die weit überwiegende Mehrheit aller Nor-
malverdiener entlasten.“

➤ *Beschluß des **SPD-Präsidiums** vom 2. September 1996*

„Das sozialdemokratische Konzept einer ökologischen Steuerreform ist der-
zeit nicht durchsetzbar. Die erhoffte Lenkungswirkung zum Wohle der
Umwelt wird nur gering sein. Für die Bürger in Flächenstaaten wie Bayern ist
ein höherer Benzinpreis aber eine empfindliche Mehrausgabe. Die SPD muß
dann in Kauf nehmen, daß die Leute die Schnauze voll von uns haben.“

➤ *der niedersächsische Ministerpräsident **Gerhard Schröder**
laut dpa am 15. Januar 1997*

Am 23. Januar 1997 stellte die CDU/CSU/FDP-Koalition ihr Konzept zur Steuerreform vor. Seither gibt es einen bunten Strauß von Stellungnahmen dazu aus der SPD:

„Diese Mischung, die jetzt auf dem Tisch liegt, ist nicht in Bausch und Bogen abzulehnen.“

➡ *die SPD-Finanzministerin von Brandenburg, **Wilma Simon**, in InfoRadio Berlin am 24. Januar 1997*

„Eine Festlegung des Spitzensteuersatzes scheint mir in der gegenwärtigen Situation nicht nötig. Es ist mir übrigens auch gleichgültig, ob der bei 38 oder 40 Prozent liegt.“

➡ ***Rudolf Scharping** im DLF, 24. Januar 1997*

„Nachdem die Koalition bereits die private Vermögenssteuer abgeschafft hat, sollen Einkommenmillionäre neue Steuergeschenke von jährlich weit über 100.000 DM erhalten. Diese Ungerechtigkeit ist nicht hinnehmbar. Einkommensmillionäre können mehr Steuern zahlen als 39 Prozent.“

„Die geplante Besteuerung der Zuschläge für Nacht-, Sonntags und Feiertagsarbeit lehnen wir ab. Arbeitnehmer mit besonders anstrengenden Berufen wie Krankenschwestern, Busfahrer und Schichtarbeiter dürfen nicht die Verlierer dieses Steuerpakets werden.“

„Es ist unseriös, daß die Bundesregierung große Teile der Finanzierung offen läßt.“

„Es ist ein schweres Versäumnis, daß den Koalitionsplänen eine wirksame ökologische Komponente fehlt.“

„Eine Steuerreform muß nicht bis aufs letzte gegenfinanziert sein. Da sie einen Wachstumsindikationseffekt hat, ergibt sich daraus eine Selbstfinanzierung.“

„Die Abschreibungsmöglichkeiten für die Wirtschaft müssen erhalten bleiben. Sie sind wichtig wegen Investitionen.“

➡ *SPD-Vorsitzender **Oskar Lafontaine** vor der Bundespresskonferenz am 24. Januar 1997*

„Das Steuerpaket der Regierungskoalition bringt keinen Durchbruch bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Um Konjunktur und Arbeitsmarkt wieder in Schwung zu bringen, muß es so schnell wie möglich Steuerentlastungen für Arbeitnehmer und Familien geben. Deshalb fordert die SPD eine Steuersenkung für Normalverdiener bereits zum 1. Januar 1998 ... Wir fordern die Bundesregierung auf, jetzt umgehend ihr vollständiges Konzept einschließlich aller Gegenfinanzierungsvorschläge vorzulegen.“

„Senkung des Spitzensteuersatzes nur in dem Maße, wie das mit den Grundsätzen der finanzpolitischen Solidität und der sozialen Gerechtigkeit vereinbar ist.“

➔ aus dem Beschluß des **SPD-Präsidiums** zur Steuerpolitik am 27. Januar 1997

„Der Spitzensteuersatz für gewerbliche Einkünfte kann dann fallen, wenn dies voll durch eine schärfere Besteuerung von Unternehmen gegenfinanziert wird. Dann haben wir mit 35 Prozent kein Problem. Für eine Senkung des Spitzensteuersatzes für private Einkünfte von derzeit 53 Prozent sehe ich keinen Spielraum.“

➔ SPD-Vorsitzender **Oskar Lafontaine** am 3. Februar 1997 nach einer Sitzung des SPD-Vorstandes

„Wenn wir die versicherungsfremden Leistungen aus den Sozialkassen herausnehmen, entlasten wir den Arbeitsmarkt, machen die Rentenkassen sicherer und die Steuerreform sozial gerechter. Dafür brauchen wir eine neue Gegenfinanzierung. Denkbar ist entweder eine Erhöhung der Mehrwertsteuer oder eine stärkere Besteuerung des Verbrauchs von Ressourcen – also eine Öko-Steuer.“

➔ Niedersachsens Ministerpräsident **Gerhard Schröder** am 3. Februar 1997 in BILD

„Der Spitzensteuersatz von 53 Prozent muß in der jetzigen Höhe bleiben, denn in der Verfassung steht, daß jeder nach Leistungsfähigkeit besteuert wird.“

➔ SPD-Vorsitzender **Oskar Lafontaine** am 4. Februar 1997 im ARD-Morgenmagazin

„Die SPD hat sich darauf festgelegt, daß sie die Senkung des Spitzensteuersatzes von jetzt 53 Prozent für möglich – ich füge für mich hinzu: für unausweichlich – hält.“

➡ *Hamburgs Bürgermeister und finanzpolitischer Sprecher des SPD-Präsidiums, **Henning Voscherau**, am 4. Februar 1997 im „Stern“*

„Wir werden sehr genau prüfen müssen, ob die Absenkung des Eingangssteuersatzes auf 15 Prozent steuer- und finanzpolitisch möglich ist.“

„Eine Senkung des heutigen Spitzensteuersatzes halte ich schon für richtig. Aber 39 Prozent sind nicht drin.“

„Wir müssen auf jeden Fall dazu kommen, daß es eine Nettoentlastung gibt.“

„Einen Blockadekurs kann sich die SPD nicht leisten.“

➡ ***Gerhard Schröder** am 6. Februar 1997 in der „Wirtschaftswoche“*

„Die von der Regierung geplante Entlastung der Spitzenverdiener ist kein Beitrag zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Der jetzige Spitzensteuersatz von 53 Prozent ab einem zu versteuernden Einkommen von 120.000/240.000 DM (Ledige/Verheiratete) trägt dem Prinzip der Besteuerung nach der Leistungsfähigkeit Rechnung.“

„Eine Mehrwertsteuererhöhung zur Finanzierung der Steuerreform ist nicht akzeptabel. Die von der Koalition geplante Mehrwertsteuererhöhung zur Finanzierung einer Senkung des Spitzensteuersatzes würde den privaten Verbrauch belasten. Eine Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1 Prozentpunkt führt bei einer Durchschnittsfamilie mit 2 Kindern zu jährlichen Mehrbelastungen von 300 bis 400 DM. Das würde die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit erschweren.“

➡ *aus dem Beschluß einer „Verhandlungslinie zu den Steuergesprächen mit der Bundesregierung“ des **SPD-Vorstandes** am 24. Februar 1997*

„Wenn man davon ausgeht, daß die gewerblichen Einkommen mit einem Steuersatz unter 40 Prozent belegt werden sollen, dann hat das verfassungsrechtliche Konsequenzen. Mehr als acht Punkte Spreizung läßt die Verfassung nach allem, was wir wissen, nicht zu. Und je nachdem, wie man

bei den gewerblichen Einkünften abschließt, ergibt sich dann ein ausrechenbarer Spitzensteuersatz.“

➔ **Gerhard Schröder** am 2. März 1997 in der ZDF-Sendung „Bonn direkt“

„Unsere Vorschläge sind klar. Es muß eine Senkung der Lohnnebenkosten herauskommen. Und es muß eine Erleichterung bei Arbeitnehmern und Familien herauskommen. Wenn das klar ist, sind wir bereit zum Abschluß. Kürzungen sozialer Leistungen, garniert mit Wünschen zur Lohnzurückhaltung – und dann der letzte Hit des Standortgeschwätzes: wir müssen private Steuersätze in der Spitze senken, weil dann die Ford-Familie nach Deutschland übersiedelt, wenn sie hier investieren will – dieses törichte Geschwätz hat bei uns keine Chance ... Sollte in Deutschland anders als im übrigen Europa verfassungsrechtlich nur eine Spreizung gegenüber dem Spitzensteuersatz für gewerbliche Einkünfte von höchstens acht Prozent möglich sein, muß man mit diesem Steuersatz entsprechend hoch gehen. Es geht nicht, den gewerblichen Spitzensteuersatz bei 35 Prozent festzulegen und dann den Höchstsatz für Privateinkünfte mit 41 Prozent anzubinden. Das ist Advokaten-Spitzfindigkeit.“

➔ **SPD-Chef Oskar Lafontaine** am 3. März 1997 nach einer Sitzung des SPD-Parteirats

„Aus Solidarität mit den um ihre Existenz kämpfenden Bergleuten und ihren Familien sagt die SPD das für morgen geplante Steuergespräch ab. Die SPD fordert die Bundesregierung auf, unverzüglich Vorschläge zu unterbreiten, die die Sicherung eines lebensfähigen Bergbaus ermöglichen. Unabhängig davon fordert die SPD die Bundesregierung auf, den Weg für eine arbeitsplatzschaffende Steuer- und Abgabenreform freizumachen.“

➔ gemeinsame Presserklärung von **SPD-Vorstand** und **SPD-Bundestagsfraktion** am 7. März 1997

„Weitere Steuergespräche haben nur Sinn, wenn die Bundesregierung die beiden Hauptforderungen der SPD akzeptiert: Steuerentlastungen für Arbeitnehmer und Familien zum 1. Januar 1998 und eine spürbare Senkung der Sozialabgaben ... Wenn die Bundesregierung vernünftige Vorschläge macht, die beim Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wirklich helfen, dann ist die SPD zu weiteren Verhandlungen und zu sofortigen Entscheidungen bereit.“

➔ **SPD-Chef Oskar Lafontaine** in der Tageszeitung „Express“ am 10. März 1997

„Es ist klar, daß wir die Gespräche über die Steuerreform fortsetzen werden. Diese Gespräche sind unterbrochen worden. Wir machen aber wirklich den Fortgang dieser Gespräche davon abhängig, welche Angebote die Bundesregierung an den Kohlebergbau macht.“

➡ *SPD-Fraktionsgeschäftsführer **Peter Struck** am 11. März 1997 im ZDF-Mittagsmagazin*

„Für meine Partei gibt es derzeit wichtigeres als die Steuerverhandlungen mit der Koalition. Eine Fortsetzung der Steuer-Gespräche kommt erst in Frage, wenn die Zukunft des Bergbaus ohne betriebsbedingte Kündigungen gesichert ist.“

➡ *SPD-Fraktionschef **Rudolf Scharping** am 12. März 1997*

„Wir werden über den Spitzensteuersatz reden, wenn die Frage der Streichung von Subventionen und Steuervergünstigungen, das Schließen der Steuerschlupflöcher geklärt ist. Dann beantwortet sich die Frage nach dem Spitzensteuersatz relativ leicht und unverkrampft.“

➡ *SPD-Fraktionschef **Rudolf Scharping** am 12. März 1997 in ZDF „Was nun?“*

„Wir werden ja heute sehen, was die Bundesregierung im Kohlegespräch tut, welche Vorschläge sie macht. Wenn das vernünftige, auch für die IG Bergbau akzeptable Vorschläge sind, worauf ja ganz viele Menschen hoffen, dann ist das ein Beitrag, die Gesprächsatmosphäre in Bonn insgesamt wiederherzustellen.“

➡ *der stellvertr. SPD-Vorsitzende **Wolfgang Thierse** im WDR*

„Frage: Habe ich Sie richtig verstanden, auch wenn die morgigen Kohlegespräche nicht zu Ihrer Zufriedenheit ablaufen, daß es dann trotzdem Gespräche über die Steuerreform mit der SPD geben wird?

Antwort: Ja, das ist selbstverständlich. Denn wir wollen, daß die Arbeitslosigkeit insgesamt bekämpft wird.“

➡ *SPD-Bundesgeschäftsführer **Franz Müntefering** am 12. März 1997 im DLF*

„Die SPD fordert die Bundesregierung auf, neue Vorschläge für die Steuer-
gespräche vorzulegen. Die bisherigen Vorschläge sind kein Beitrag zur
Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Mit einer ungedeckten Finanzierungslücke
von mindestens 44 Milliarden Mark sind sie keine seriöse Verhandlungs-
grundlage ... Die bisherigen Vorschläge der Koalition sind in der Öffentlich-
keit und in den Gesprächen mit der SPD umfassend diskutiert worden. Ich
stehe jederzeit zur Verfügung, wenn Bundeskanzler Kohl neue Vorschläge
mit mir erörtern will, die zu Steuerentlastungen für Arbeitnehmer und Famili-
en zum 1. Januar 1998 und zu einer spürbaren Senkung der Sozialabgaben
führen.“

➔ SPD-Vorsitzender **Oskar Lafontaine** in einer Erklärung am 13. März 1997

„Die Absage war kein politisch vorbereiteter, sorgfältig abgesprochener und
irgendwie strategisch angelegter Vorgang.“

„Meine Auffassung ist: Wenn die Gesamtreform in sich stimmt, einschließlich
einer soliden Gegenfinanzierung auch für die Länder- und Gemeindehaus-
halte, ist am Schluß auch eine Senkung des Spitzensteuersatzes unaus-
weichlich.“

„Zur Absenkung der Lohnnebenkosten gibt es ja den Vorschlag, die Sozial-
versicherung um 57,3 Milliarden Mark unstrittiger versicherungsfremder Lei-
stungen zu entlasten ... Für diesen Zweck wäre ich bereit, die Mehrwert-
steuer zu erhöhen. Die ist schon wegen des reduzierten Satzes längst nicht
so unsozial, wie oft behauptet wird.“

➔ Hamburgs Bürgermeister **Henning Voscherau** am 13. März 1997
in der „Wirtschaftswoche“

„Wir haben ja nicht die Steuergespräche abgelehnt, sondern wir haben
gesagt, da, wo es nützlich ist im Sinne von Bekämpfung der Arbeitslosigkeit,
sind wir dabei.“

➔ SPD-Bundesgeschäftsführer **Franz Müntefering**
am 13. März 1997 im ZDF

„Ich glaube, daß diese Woche vieles in der Republik verändert hat. Die Men-
schen ducken sich nicht mehr und fühlen sich auch nicht mehr so ausgelie-
fert einer hilflosen Regierungspolitik. Das hat Konsequenzen für die Bera-

tung der Steuerreform: Wenn die Regierung nicht eingeht auf eine Senkung der Lohnnebenkosten, ein einfaches Steuerrecht, die Entlastung der Normalverdiener und Hilfen für die Familien, dann wird es nix geben.“

➔ **SPD-Fraktionschef Rudolf Scharping** auf einer SPD-Veranstaltung in Koblenz am 14. März 1997

„Ich habe es für richtig gehalten, daß wir die Gespräche dort ausgesetzt haben, da war eine Besinnungspause notwendig . . . Unabhängig davon ist es notwendig, daß wir in Fragen der sogenannten Lohnnebenkosten, also der Entlastung des Faktors Arbeit, und auch der Steuerreform weiterkommen. Und da kann ich nur unterstreichen: Selbstverständlich sind wir zu solchen Gesprächen bereit, nein, für Nordrhein-Westfalen möchte ich sagen, wir sind dringend daran interessiert, soweit solche Gespräche dem Ziel dienen, die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Unternehmen und damit die Arbeitsplätze zu sichern.“

➔ **NRW-Wirtschaftsminister Wolfgang Clement** am 14. März 1997 im WDR

„Nach dem Kohlekompromiß hat Oskar Lafontaine erklärt, die SPD stehe für Verhandlungen wieder zur Verfügung. Meine Parteifreunde müssen aber wissen: Wer A sagt, muß auch B sagen. Wer an den Tisch zurückkehrt, muß bei einer inhaltlich verantwortbaren Lösung bereit sein abzuschließen – auch um den Preis, daß es dem Kanzler bei der Bundestagswahl 1998 nutzen könnte. Ich würde mich an einer Scheinveranstaltung nicht beteiligen. Wenn man von der SPD in Gespräche hineingeschickt wird, dann muß man auch Abschlußvollmacht haben. Für etwas anderes stehe ich als Unterhändler nicht zur Verfügung . . . Wenn alle anderen Fragen gelöst sind, muß man als Schlußstein die Stunde der Wahrheit beim Spitzensteuersatz einläuten. Dann ist eine Senkung des Spitzenatzes unausweichlich.“

➔ **Hamburgs Bürgermeister Henning Voscherau** am 17. März 1997 in einem FOCUS-Interview

„Ich bin zu einem Gespräch mit dem Bundeskanzler bereit . . . Angesichts von 4,7 Millionen Arbeitslosen fordere ich den Bundeskanzler auf, nicht länger stur an seinen falschen Konzepten festzuhalten. Die Bundesregierung muß sagen, wie sie das riesige Finanzloch ihres Steuerreform-Entwurfs von sage und schreibe 56 Milliarden Mark decken will.“

„Die Koalition muß das neue Angebot nicht unbedingt öffentlich machen. Das kann auch in einem Telefonat geschehen. Es muß auch nicht unbedingt Herr Kohl selbst sein.“

„Ich habe den Unternehmen immer erklärt: Wenn ihr nominal geringere Sätze haben wollt und einverstanden seid, daß dafür viele Ausnahmeregeln wegfallen, dann können wir das machen. Ich sage aber – um Advokatenspitzfindigkeiten vorzubeugen – dazu: Wenn man daraus schließt, daß dann auch der Einkommensteuersatz für private Einkommen zwingend deutlich heruntergehen müsse, weil die Sätze nicht so weit auseinanderklaffen dürfen, dann kann der Steuersatz für gewerbliche Einkünfte eben nicht so weit gesenkt werden.“

➤ SPD-Vorsitzender **Oskar Lafontaine** im SPIEGEL am 17. März 1997

„Die Regierung ist uns schon ein gutes Stück entgegengekommen. Wenn die jetzt ein akzeptables Angebot machen, müssen wir zustimmen.“

➤ der rheinland-pfälzische Ministerpräsident **Kurt Beck**
am 18. März 1997 in BILD

„Sobald ein Anruf des Bundeskanzlers mit neuen konkreten Vorschlägen kommt, sind wir gesprächsbereit.“

➤ SPD-Chef **Oskar Lafontaine** am 18. März 1997 in BILD

„Ich habe Finanzminister Waigel davon informiert, daß der Vorsitzende der SPD dem Bundeskanzler einen Brief schreiben wird und daß es von der Antwort abhängt, ob weitere Gespräche sinnvoll sind oder nicht.“

➤ SPD-Fraktionsvorsitzender **Rudolf Scharping** am 18. März 1997 in SAT 1

„Ich finde, die Regierung muß jetzt erst mal sagen, wo ihr solides Finanzierungskonzept ist, über das wir mit ihr verhandeln sollen.“

Frage: Aber können Sie das nicht mit dem Finanzminister besprechen?

Ja, das kann man vielleicht, da sollte man nicht zickig sein.“

➤ Hamburgs Bürgermeister **Henning Voscherau** am 19. März 1997
in der ARD

„Ich halte nichts von taktischen Spielchen. Unsere Leute wollen die Probleme gelöst sehen. Die Bundesregierung und die SPD liegen in ihren Konzep-

ten etwa beim Eingangssteuersatz gar nicht weit auseinander. Ich sehe auch Bewegung in der Debatte um den Spitzensteuersatz. Es ist vernünftig, wenn dieser für gewerbliche Einkommen unterhalb von 40 Prozent liegt. Ich bezweifle, ob es verfassungsmäßig ist, wenn der Spitzensteuersatz für Privatpersonen dann mehr als acht Punkte darüber liegt. Wenn es um die Gegenfinanzierung geht, ist für mich die Mehrwertsteuer auf dem bisherigen Niveau kein Dogma. Käme als Kompromiß eine Mischung aus höherer Mehrwert- und Mineralölsteuer heraus, so ist das in Ordnung.“

➔ *Niedersachsens Ministerpräsident **Gerhard Schröder** am 20. März 1997 in der „Hannoverschen Allgemeinen Zeitung“*

„Wir haben gerade noch einmal miteinander gesprochen. Herr Schröder hat gesagt, wir dürfen hier nicht taktisch handeln, wir müssen gesprächsbereit sein. Das kann ich unterschreiben, denn es geht um die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.“

➔ *SPD-Chef **Oskar Lafontaine** am 20. März 1997 in SAT 1*

„Ich verstehe nicht ganz, warum der Bundeskanzler sich nicht zu einem Gespräch mit dem SPD-Vorsitzenden treffen will. . . . Im übrigen, ganz grundsätzlich ist es ja ein einmaliger Sonderfall, daß der Vorsitzende der großen Oppositionspartei mit dem Vorsitzenden der großen Regierungspartei zu reden wünscht und dieser das ausschlägt. Das hat es noch nie gegeben. . . . Wir haben sieben Stunden mit der Koalition geredet. Ich sehe schon, daß die eine oder andere Lösung möglich wäre. Aber ob sie möglich wird, das müssen jetzt die Spitzen von Koalition und Opposition miteinander besprechen, und dann kann man sofort auf der fachlichen Ebene weiterreden.“

➔ *SPD-Fraktionschef **Rudolf Scharping** am 21. März 1997 in SWF 1*

„Wir fordern den Bundeskanzler auf, eine wirkungsvolle Steuer- und Abgabenreform nicht länger zu blockieren. Es gibt nur einen Weg, wie der Bundeskanzler seinen Willen zum Kompromiß unter Beweis stellen kann: Er kommt an den Verhandlungstisch. Der Bundesfinanzminister reicht als Gesprächspartner nicht aus.“

➔ *SPD-Fraktionsgeschäftsführer **Peter Struck** am 25. März 1997*